

# Wiener Beobachter

DENN NUR WAHRHEIT MACHT FREI

## Die USA bezahlen die Schlepper nach Europa!

Ein unglaublicher Vorwurf kommt nun aus den Reihen österreichischer Geheimdienste: Gemäß Informationen eines Mitarbeiters des „österreichischen Abwehramts“ sollen Erkenntnisse darüber vorliegen, daß US-Organisationen die Schlepper bezahlen, welche täglich tausende Flüchtlinge nach Europa bringen.

„Schlepper verlangen horrenden Summen, um Flüchtlinge illegal nach Europa zu bringen. Die Bedingungen sind oft sehr schlecht, trotzdem kostet ein Transport aktuell zwischen 7.000 und 14.000 Euro, nach Region und Schlepperorganisation unterschiedlich.“ Aus Polizeikreisen, welche tagtäglich mit den Asylwerbern zu tun haben (alleine im Erstaufnahmehaus Traiskirchen sind über 100 Beamte täglich im Einsatz) sind Schlepper-Kosten und Zustände längst bekannt. Auch der Verdacht, daß die USA im Sinne einer geostrategischen Strategie die Finger mit im Spiel hätten, wird immer wieder geäußert. Wenige Experten sind bereit verlässliche Informationen durchsickern zu lassen, niemand will mit vollem Namen an die Öffentlichkeit.

„Es gibt Erkenntnisse darüber, daß Organisationen aus den USA ein Co-Finanzierungsmodell geschaffen haben und erhebliche Anteile der Schlepperkosten tragen. Nicht jeder Flüchtling aus Nordafrika hat 11.000 Euro in cash. Fragt sich niemand, woher das Geld kommt?“ Es herrsche eine strikte Nachrichtensperre über entsprechende Zusammenhänge. „Auch das HNAA (Anm.: Heeres-Nachrichtenamt) hat keine Informationen bekommen oder darf sie nicht weitergeben. Es muß aber an die Öffentlichkeit. Es sind die selben Brandstifter am Werk, die vor einem Jahr die Ukraine ins Chaos gestürzt haben.“

## Das Geheimnis des Glücks

Oscar-Preisträger Tom Hanks: „Kennen Sie das Geheimnis des Glücks? Immer die Wahrheit sagen. Dann wird man ihnen nie einen Strick drehen können aus irgend etwas, was sie verbergen. Sie können immer offen sein, zu ihren Meinungen stehen und sich zu ihren Unzulänglichkeiten bekennen.“

## Der faulste EU-Politiker

Gerade hat die *Bild-Zeitung* das Ranking der faulsten Europapolitiker enthüllt, und an der Spitze thront ein Rumäne namens George Becali, 53, Vertreter der Großrumänienpartei. Er hat 100 von 137 Sitzungen in Brüssel geschwänzt. Eine Untersuchung kommt zum Schluß, daß die EU-Abgeordneten mehr fehlen, seit sie einheitlich 90000 Euro kassieren und nicht mehr die gleichen Löhne wie in den Heimatparlamenten. So verdient der Drückeberger aus Rumänien plötzlich das Neunfache. Für George ‚Gigi‘ Becali unerheblich, Er blieb zu Hause, weil er nicht anders konnte. Zuerst saß er mit vier seiner Leibwächter in Untersuchungshaft, dann verweigerte ihm die Justiz monatelang die Ausreise, ihm, dem angeblich reichsten Rumänen und Wohltäter der Armen. Dem Autonarren wurde der wunderschöne Maybach gestohlen, auf die Erpressungsversuche der Diebe ging er nicht ein, sondern ließ sie von seinen Gorillas in einem finsternen Dracula-Keller vermöbeln. Darauf schalteten die übel zugerichteten Gangster den Staatsanwalt ein. Die Selbstjustiz des hemdsärmlichen ‚Gigi‘ gefiel den Rumänen, und sie schickten ihn nach Brüssel. Sein Vermögen in Immobilien baute er mit der Hinterlassenschaft seines Vaters auf, der sich im Kommunismus als schlauer Schafhirte Ländereien im heutigen Industriegürtel von Bukarest unter den Nagel gerissen hatte. Becali besitzt auch den Fußballklub Steaua. Als Mannschaftsbild ließ er Leonardo da Vincis ‚Abendmahl‘ kopieren mit ihm als Jesus, umgeben von seinen Spielern als Jüngern.

## ZITAT

Der jüdische Autor Henryk M. Broder: „Wer über einen ordentlichen fremdenfeindlichen Witz nicht lachen kann, der schwebt selber über dem Abgrund der Fremdenfeindlichkeit.“

## Jodls Grab soll entfernt werden

Das auf dem Friedhof auf der Pfaueninsel im Chiemsee vorhandene Familiengrab von Generaloberst Alfred Jodl soll entfernt werden. Seine Asche wurde zwar nach der Hinrichtung in Nürnberg 1946 in einen Münchener Bach gestreut, jedoch sein Name dem Grabstein zugefügt. Dennoch soll der Erinnerungsort verschwinden.

## Die freizügige BRD

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit für Rumänen und Bulgaren werde keine Zuwanderung in die Sozialsysteme bewirken: Diese Botschaft dürfte noch vielen präsent sein. Wie des Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bekannt gab, hat sich die Zahl der Hartz-IV-Bezieher aus beiden Ländern binnen eines Jahres auf 17 Prozent erhöht. Allerdings klaffen die Werte auseinander - bei Rumänen sind es 11,5 Prozent, bei Bulgaren dagegen fast 28 Prozent. „Im Juli 2015 ist die in Deutschland lebende Bevölkerung aus Bulgarien und Rumänien um 15.000 Personen auf insgesamt 625.000 Personen gewachsen“, heißt es in der Studie. Bis zum Jahresende werden weitere 130.000 bis 150.000 Personen aus beiden Ländern erwartet. „Wie viele von ihnen Roma sind, läßt sich auf der Basis der erhobenen Daten nicht sagen“, so die FAZ.

---

## Irgendwann muß Schluß sein

„Die Söhne sollten nicht für die Verfehlungen der Väter büßen. Deshalb sollten auch alle Entschädigungszahlungen eingestellt werden. Deutschland hat wie kein anderes Land der Welt zu seiner Schuld gestanden und sie in einem unvorstellbar schmerzlichen Prozeß bewältigt, hat Mahnmale gebaut und tut es heute noch. Ich habe großes Verständnis für die, die sagen: ‚Jetzt muß ein Punkt gemacht werden.‘ Der Tag ist nah, da wird ein Politiker sagen: ‚Tausende von Milliarden hat dieses Land gezahlt für Wiedergutmachung. Jetzt nehme ich in Kauf, daß man mich ein paar Monate beschimpft, aber ich sage als Deutscher, irgendwann muß Schluß sein.‘ Und dann wird das Land mit derselben deutschen Gründlichkeit wiederauferstehen.“

---

## Geschlossen

wird das 1918 gegründete Mährisch-Schlesische Heimatmuseum in Klosterneuburg. Das Gebäude (die Rostock-Villa in Klosterneuburg) wurde von der Gemeinde an das Land verkauft und von diesem an den Meistbietenden weiterverkauft. Das Museum und das Feuerwehrmuseum wurden mit 30.10.2015 gekündigt.

---

## Die EU will das Bargeld abschaffen

Der Krieg gegen das Bargeld geht in die entscheidende Phase. Nun will sogar die deutsche Bundesregierung Barzahlungen von mehr als 5000 Euro EU-weit verbieten lassen. Brüssel zeigt sich dafür „offen“, und der Chef der Europäischen Zentralbank (EZB) Mario Draghi erklärt, die Abschaffung des 500-Euro-Scheins „bereits vorzubereiten“. Das ist ein Angriff auf Vermögen und Freiheit der Bürger und – der Anfang vom Ende des Geldes als unser privates Eigentum.

### **Das große Finale**

Alle Vorhaben von Finanzeliten, das Bargeld EU-weit abzuschaffen, scheiterten bislang am Widerstand Deutschlands. Aber der ist nun gebrochen. Deutschland

wird allein die Versorgung der Flüchtlinge laut *dem Institut der deutschen Wirtschaft* in den nächsten Monaten 50 Milliarden Euro kosten. Die Großwetterlage in der Eurozone ist nicht besser. Die 1,6-Billionen-Euro-Geldschwemme der EZB – also die gesetzwidrige Finanzierung von Pleitestaaten mit der Druckerpresse – verpufft wirkungslos. Das Geld kommt in der Wirtschaft nicht an. EZB-Chef Draghi verbleibt als letzter Schritt wohl nur noch, „Geld mit dem Helikopter abzuwerfen“, oder – das Bargeld abzuschaffen. Schrittweise, zunächst durch Obergrenzen für Bargeschäfte und Abschaffung der 500er-Note, um keinen Proteststurm verängstigter Sparer auszulösen.

In der Welt ohne Bargeld könnten EZB und Zentralbanken die Bürger zum Konsum zwingen. Auf alle Sparguthaben würden so hohe Straf-Zinsen eingehoben, daß die Menschen ihr Erspartes lieber ausgeben, anstatt es am Konto dahinschmelzen zu lassen. Der Fluchtweg ins Bargeld wäre dem Bürger abgeschnitten; private Goldkäufe würden besteuert oder verboten. Staaten, Regulierungs-Einrichtungen und Finanzinstitutionen hätten ungehinderten Schnellzugriff auf unsere Bankkonten. Die Einhebung von Schulden und Vermögenssteuern zur Rettung überschuldeter Staatshaushalte, Krisenländer und Pleitebanken ließe sich – auch bei Kleinsparern – über Nacht durchziehen. Der wehrlose Bürger sieht dann am nächsten Morgen auf dem Kontoauszug, daß eine „Sonder-Abgabe“ von beispielsweise 47% abgebucht wurde; wie schon geschehen 2013 in der Zypern-Krise – „dem größten Bankraub aller Zeiten“ (so „Spiegel online“).

Das wäre das Ende des Geldes als privates Eigentum – was IWF, OECD, EU und EZB schon seit Monaten fordern (kein Bargeld, 10%ige Zwangsabgabe auf Sparguthaben, Straf-Zinsen und Konsumzwang). Die Menschen würden auf Dauer so „gläsern“, daß ihrer Bevormundung durch den Staat keine Grenze gesetzt wäre... Zugriff auf die Daten über unsere Lebensgewohnheiten hätten Staaten, Geheimdienste und Konzerne. „Lästigen Bürgern“ könnte man mit der Kontosperre die Existenz zerstören.

Die Einführung der Bargeldobergrenze von 5000 Euro wird den Menschen als „Kampf gegen Terror und Steuerhinterziehung“ verkauft. In Wahrheit ist sie der erste Schritt, um die Bürger an die bargeldlose Welt zu gewöhnen. Einmal eingeführt, wird die Grenze rasch auf 500 oder wie in Griechenland auf 70 Euro absinken, und am Ende gibt es kein Bargeld mehr. Wie sagte schon EU Kommissionspräsident Juncker: „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

Unsere Regierung und Notenbank müssen sich dem unter allen Umständen widersetzen; nötigenfalls durch eine Volksabstimmung, da nur Freiheit, Bargeld, Strukturreform und Budgetkonsolidierung Mittel zur Lösung der Krise sind.

*Dr. Tassilo Wallentin (Kronen-Zeitung)*

# Schluss mit der Masseneinwanderung nach Europa – Zeit für eine Umkehr

*Barbara Rosenkranz kritisiert die aktuelle Flüchtlingspolitik.*

*Jedem vernünftigen Menschen musste klar sein, dass die vollkommen unkontrollierte Masseneinwanderung zwangsläufig in einer Katastrophe enden muss. Dennoch hat die österreichische Bundesregierung selbst dann noch die Dinge treiben lassen, als sie im vorigen Frühjahr über das katastrophale Ausmaß der Wanderbewegung längst informiert war.*

Der 4. September 2015, an dem Angela Merkel mit Kanzler Faymann die Absprache getroffen hat, zehntausende illegale Einwanderer, die in Ungarn angelangt waren, - gegen die Gesetze - via Österreich in die Bundesrepublik zu transportieren, war sicherlich der Höhepunkt von Rechtsbruch, Politikversagen und dreister Tatsachenverdrehung. Statt Viktor Orbán bei der Sicherung der EU-Außengrenze zu unterstützen, hat die Regierung Österreichs Ungarn für sein überlegtes und verantwortliches Handeln auch noch beflagelt. Kein Ruhmesblatt! Letztlich hat aber der Druck vor allem aus den Visegrad-Staaten dazu geführt, daß nun allgemein eine Begrenzung des Einwandererstroms für notwendig gehalten wird. Viktor Orbán hat gezeigt, was eine einzelne Persönlichkeit bewirken kann. Er hat nicht nur Ungarn gesichert, sondern ist zum Hoffnungsträger für viele in Europa geworden.

## **Obergrenze nicht immer sinnvoll**

Das aktuelle Hickhack in Österreich um Obergrenzen für Flüchtlinge ist dagegen Unsinn und geht am Thema vorbei. Warum? Handelt es sich tatsächlich um Flüchtlinge, so sind Obergrenzen nicht hilfreich. Sind es Einwanderer, die sich ihre persönliche Lebenssituation verbessern wollen, so muß der Staat deutlich klar machen: Es reicht! Das heißt: Wer als Schutzsuchender nach Österreich kommt, hat Anspruch auf genau das: Auf Schutz. „Echte“ Flüchtlinge werden aufgenommen mit dem Ziel ihrer baldigen und hoffentlich freiwilligen Heimkehr. Wer hingegen einwandern darf, das steht allein im Ermessen des Einwanderungslandes und orientiert sich zum Beispiel an volkswirtschaftlichen Interessen. Die Rekordarbeitslosigkeit spricht klar gegen weiteren Zuzug. Eine willkürliche „Tageshöchstgrenze“ ist daher völlig unsinnig.

Auch der seit Monaten beworbene Plan der Europäischen Union einer Asyl-Quote ist strikt abzulehnen, auch wenn er stets von Beruhigungsfloskeln begleitet wird: Österreich wird durch die „gerechtere“ Aufteilung der Asylwerber entlastet werden – so heißt es. Doch stimmt das auch? Die Quotenregelung will sich nicht nur an der Bevölkerungszahl orientieren, sondern auch die Wirtschaftskraft jedes Landes heranziehen. Das „reiche“ Österreich wird mit Sicherheit keinen zu kleinen Beitrag leisten müssen. Und Quoten kennen keine Obergrenze! Vor allem aber: Mit der Automatisierung der Einwanderung durch eine in Brüssel festgelegte Quote sind wir einer Politik ausgeliefert, die mit der Tradition und der Identität der europäischen Nationen längst gebrochen hat. Eine eigenständige Einwanderungspolitik wäre endgültig Geschichte.

Dabei ist die Entscheidung darüber, wer in ein Land einreisen darf und wer nicht, eine elementare Frage für einen funktionierenden Staat. Die Frage ist nicht, wie die vielen (illegalen) Einwanderer auf Europa aufgeteilt werden sollen, sondern wie man sie von Europa fernhalten kann. Unsere Nachbarn der Visegrád-Gruppe (Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn) geben in dieser Frage ein gutes Vorbild ab. Es ist an der Zeit, daß auch Österreich diesen Weg einschlägt: Ein Weg zurück zur Vernunft!

---

## **Aktueller Bericht zum Media-Quarter-Marx deckt auf**

Im aktuellen Bericht zum Media-Quarter-Marx deckt der Rechnungshof einen weiteren Fall indirekter SPÖ-Parteienfinanzierung auf. So wurde dem roten Echo-Medienhaus völlig ungerechtfertigt 800.000 • Mieten-Nachlass gewährt, so der FPÖ-Wien Stadtrat, DDr. Eduard Schock.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß dem Rechnungshof die entsprechenden Protokolle der Wirtschaftsagentur, deren Präsidentin Stadträtin Brauner ist, ausgerechnet bei der Nennung des roten Medienhauses nur geschwärzt vorgelegt wurden. Der Rechnungshof hat auch aufgedeckt, daß das rote Medienhaus als einziger Mieter eine Kaufoption erhalten hat, so Schock.

Um dies zu verschleiern, hat die SPÖ das Echo-Medienhaus an private Käufer im roten Dunstkreis veräußert. Schock fordert die SPÖ daher auf, den Verkauf und damit auch die neuen Eigentümer des Echo-Medienhauses offenzulegen. Dabei muß zudem geklärt werden, ob über den Kaufpreis auch direkt öffentliche Mittel an die SPÖ geflossen sind.

---

## **„Die Rote Fahne“ meint**

„Die von den USA und ihren Verbündeten betriebene Neuordnung der Welt hat in den letzten Jahren zu Kriegen in Jugoslawien und Afghanistan, im Irak, Jemen und Sudan, in Libyen und Somalia geführt. Fast zwei Millionen Menschen wurden Opfer dieser Kriege, und Millionen sind auf der Flucht. Nun hat das Kriegsgeschehen wiederum Europa erreicht. Offensichtlich zielt die Strategie der USA darauf ab, Rußland als Konkurrenten auszuschalten und die Europäische Union zu schwächen.“

## Gesundheitsministerin Oberhauser verheimlicht Erkrankungen bei Asylwerbern

In Österreich herrscht offensichtlich bei so manchen Regierungsmitgliedern noch immer eine Willkommenskultur der besonderen Art. So verheimlicht etwa Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser (SPÖ) im Rahmen einer Anfragebeantwortung die Erkrankung von Asylwerbern bzw. die Einschleppung von Krankheiten und teilt dem Parlament mit, daß alles in Ordnung sei:

Aufgrund der Auswertungen der AGES konnte in der Zeitperiode von September bis November 2015 im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres 2014 kein Anstieg der Fallzahl an Infektionskrankheiten mit erhöhtem Gefährdungspotential für die öffentliche Gesundheit beobachtet werden.

Kleiner Kunstfehler bei dieser Anfragebeantwortung ist allerdings die Tatsache, daß hier lediglich Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft als Erkrankte erfasst worden sind. Ausländer und insbesondere Asylwerber hat man generell nicht erfasst und ausgewiesen. Es wird also ausschließlich eine Inländerstatistik bei Infektionen geführt.

### **Deutsches Robert-Koch-Institut spricht deutliche Sprache**

Demgegenüber spricht das deutsche Robert-Koch-Institut, die quasi Partner-Institution zur österreichischen AGES, eine deutliche Sprache:

Von der 1. bis zur 4. Kalenderwoche 2016 wurden insgesamt 1.030 Fälle von meldepflichtigen Infektionskrankheiten bei Asylsuchenden an das RKI übermittelt. Weiterhin stehen derzeit bei Asylsuchenden vor allem impfpräventable Krankheiten und Magen-Darm-Infektionen im Vordergrund. Außerdem werden durch Screening-Untersuchungen erwartungsgemäß Fälle mit Tuberkulose, Hepatitis B und C gefunden. Es wurden nur vereinzelte Fälle von schwerwiegenden importierten Krankheiten wie Typhus und Läuserückfallfieber übermittelt. Die Zahlen zeigen, daß Asylsuchende durch impfpräventable Krankheiten und Magen-Darm-Infektionen gefährdet sind, gegen die Impfungen und Basishygienemaßnahmen schützen würden.

So wurden allein in den ersten vier Kalenderwochen 2016 insgesamt 428 Windpockenfälle, 197 Tuberkulosefälle, 62 Hepatitis-B- und 51 Hepatitis-A-Fälle bei Asylwerbern ermittelt.

---

## Chuzpe und Heuchelei nach Rathausart

Es waren die wohl grässlichsten Geschehnisse während der letzten Jahrzehnte in Wien. Tausende Kinder – mindestens 2.700 – sind in Anstalten der Gemeinde Wien, vor allem im Kinder-„Heim“ Wilhelminenberg, sexuell schwer mißbraucht und mißhandelt worden. Es gibt auch massive Anzeichen, daß die Kinder dort wie in einem Bordell gehalten worden sind, daß Machtträger von der Zwangsprostitution der Kinder finanziell profitiert haben. So widerlich das alles war, so erfolgreich war das Rathaus in den letzten Jahren mit seiner Strategie, das alles weitestgehend unter dem Teppich zu halten.

---

## Juristische Kritik = Brandstiftung?

Der ehemalige Bundesverfassungsrichter Udo di Fabio stellte in seinem Gutachten fest, daß die Bundesregierung in der Flüchtlingsfrage „ständigen Rechtsbruch“ begehe. Justizminister Maas kritisierte dies scharf. „Auch ein juristischer Diskurs kann ... zur geistigen Brandstiftung beitragen.“, ist nur *ein* Beispiel seiner diffamierenden Argumentation. Von Gewaltenteilung scheint der Herr Minister nichts mehr wissen zu wollen und erhebt Anspruch, über Recht und Unrecht besser urteilen zu können als einer der angesehensten Juristen in Deutschland. Auch stellt Maas damit jegliche fundierte Kritik am Kurs der Bundesregierung an den Pranger. Maas rühmt sich zwar seiner demokratischen Legitimierung, doch mit dieser Haltung hat er sie bereits verspielt.

---

### **Lesen Sie auch *KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN***

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse:

A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!

---

**Wiener Beobachter, Folge 256** - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.

Medieninhaber: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;

e-Post: [wienbeobachter@mail.ru](mailto:wienbeobachter@mail.ru), Internetz: [www.volksherrschaft.info](http://www.volksherrschaft.info)

Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und

Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. \* Vertragsnummer: GZ 02Z031542M \* Erscheinungsort: Wien \*

Verlagspostamt: 1170 Wien